

Leider haben wir die Finanzkrise noch nicht überwunden. Sie hatte damit zu tun, dass unsere Finanzinstitute nur unzulänglich funktionieren und nicht ausreichend beaufsichtigt wurden. In diesem entscheidenden Zeitpunkt muss die EU konsequent und geschlossen handeln. Die Krise, die ihren Ursprung auf der anderen Seite des Atlantiks nahm, traf Europa mehr als alle anderen Regionen der Welt, denn sie machte strukturelle Schwächen der europäischen Wirtschaft sichtbar, die zwar schon lange bekannt waren, aber allzu häufig nicht beachtet wurden. Die Krise ist somit ein Warnsignal: Europa muss auf den Wandel der Weltordnung reagieren. Wie alle Transformationen wird auch diese neue Ordnung Gewinner und Verlierer hervorbringen. Wenn Europa nicht zu den Verlierern zählen will, muss es den Blick nach außen richten und sich für die kommenden zwanzig Jahre auf ein ehrgeiziges, langfristiges Reformprogramm einlassen. Die verantwortlichen Politiker der EU müssen zwar weitere Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Krise ergreifen, doch müssen diese mit den mittel- und langfristigen Reformen verknüpft werden, die die Union braucht. Um die Krise unbeschadet zu überstehen, müssen wir die Konjunktur weiter stützen, bis unsere Volkswirtschaften wieder eigenständig funktionieren. Werden die Ausgaben zu früh zurückgefahren, könnte sich der Aufschwung umkehren. Beschäftigung und Wachstum müssen für uns weiterhin oberste Priorität haben. Es bedarf dringend einer Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU, wenn wir asymmetrische Schocks verhindern wollen, die durch das Nebeneinander von Währungsunion und Binnenmarkt mit unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken entstehen. Wenn die EU verhindern will, dass sich die Krise wiederholt, dann muss sie dringend die Arbeitsweise und die Aufsicht unserer Finanzinstitute reformieren. Bisher haben die Finanzinstitute die Praktiken, die zu der Krise geführt haben, kaum verändert, lediglich ihre Kreditvergabe haben sie erheblich eingeschränkt. Die Europäerinnen und Europäer brauchen eine in

hohem Maße wettbewerbsfähige und nachhaltige soziale Marktwirtschaft, um den sozialen Zusammenhalt zu wahren und den Klimawandel zu bekämpfen. Das Humankapital ist das entscheidende strategische Instrument für den Erfolg in der Weltwirtschaft. Tatsächlich hat Europa im Wettlauf der Wissensökonomie bereits beträchtlich an Boden verloren. Um diesen Rückstand wieder aufzuholen, bedarf es einer koordinierten Anstrengung. Die Mitgliedstaaten müssen unter Einbeziehung des Privatsektors die Ressourcen, die sie für F&E-Investitionen zugesagt haben, aufbringen und das Bildungswesen einschließlich der beruflichen Bildung umfassend reformieren. Die Europäer müssen sich den demografischen Herausforderungen stellen. Wenn die dringend gebotenen Maßnahmen ausbleiben, wird die Alterung unserer Gesellschaften unsere Renten-, Gesundheits- und Wohlfahrtssysteme unter Druck setzen und unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit untergraben. Vorrangig müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Anteil von Frauen und Älteren an der Erwerbsbevölkerung zu steigern, zu bewirken, dass sich Berufs- und Privatleben besser miteinander vereinbaren lassen. Unser Konzept des Ruhestands ist so zu verändern, dass Verrentung als Recht, aber nicht als Pflicht betrachtet wird, sowie eine aktivere Einwanderungspolitik zu entwickeln, die mit Blick auf Demografie und Arbeitsmarkt unserem Bedarf entspricht. Unsere Bürger wollen, dass die Europäische Union ihren Interessen dient. Sie erwarten deshalb, dass sie ihre sozialen Rechte, ihre Bürgerrechte, ihre Rechte als Familie und ihre Rechte als Arbeitnehmer überall in der Union in Anspruch nehmen können. Die Union wird für unsere Bürger an Bedeutung gewinnen, wenn es ihr gelingt, die Übertragbarkeit sozialer Ansprüche sicherzustellen. Hierfür ist jedoch ein neuer Pakt zwischen den europäischen Organen und den Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft sowie zwischen den unterschiedlichen nationalen, regionalen und kommunalen Entscheidungsebenen erforderlich. Vor allem aber verlangt die Lage nach einer starken

politischen Führung, einer Führung, die sich dadurch auszeichnet, dass sie in der Lage ist, einen ehrlichen und fruchtbaren Dialog mit den Bürgern zu führen und partnerschaftlich zu regieren. Die Unterstützung durch ihre Bürger wird für die Union von entscheidender Bedeutung sein, nicht nur, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise zu bewältigen, sondern auch, um die Strukturreformen einzuleiten, die erforderlich sind, damit Europa gestärkt in die Zukunft gehen kann. Die EU ist mehr als nur ein gemeinsamer Markt. Sie ist auch eine Wertegemeinschaft. Mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger Europas kann die EU bei der Bewältigung der großen globalen Herausforderungen eine Führungsrolle übernehmen. Angesichts einer Krise, die sie nicht verursacht haben, werden unsere Bürgerinnen und Bürger nur dann wieder an das europäische Projekt glauben, wenn ihre führenden Politiker ihnen ehrlich sagen, wie groß die Probleme sind, die bewältigt werden müssen, und wenn sie zu Anstrengungen aufgerufen werden, die denen vergleichbar sind, die Europa nach dem Zweiten Weltkrieg Wohlstand gebracht haben. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich in atemberaubendem Tempo ein gewaltiger Wandel vollzogen. In den letzten zwanzig Jahren ist nichts beim Alten geblieben: Unsere Arbeits-, Konsum- und Reisegewohnheiten, unsere Beziehungen zueinander, die Fragen, die uns bewegen oder beunruhigen. Alles hat sich verändert. Auf die meisten dieser Veränderungen waren wir nicht vorbereitet. Die globale Finanzkrise ist nur das letzte Glied in einer Kette von Ereignissen, die uns in unseren Überzeugungen und Anschauungen erschüttert haben. Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte Europas herrscht eine weit verbreitete Angst, dass es den Kindern von heute später weniger gut gehen könnte als der Generation ihrer Eltern. Wir leben in einem Zeitalter der Unsicherheit. Diese Lage stellt die Europäische Union vor eine beispiellose Herausforderung. Seit ihren Anfängen hat sie sich überwiegend als Anker der inneren Stabilität erwiesen und der einen Hälfte unseres

Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg Frieden, Demokratie und einen ausgewogenen Wohlstand beschert. Später hat sie durch Erweiterung auch die andere Hälfte Europas aufgenommen und damit eine bislang einzigartige politische und wirtschaftliche Integration vollzogen. Dank dieser Erfolge konnte sich die EU zum weltweit größten Wirtschaftsraum mit einem Binnenmarkt und einer einheitlichen Währung entwickeln. Und dennoch: Da den europäischen Bürgern die Zukunft immer komplexer und ungewisser erscheint, haben sie nicht mehr, wie in den Nachkriegsjahren, das gemeinsame Ziel vor Augen. In der Vergangenheit waren die Leistungen der EU auf den europäischen Kontinent beschränkt. Während der bisherigen Phasen der Integration blieb Europas äußeres Umfeld relativ stabil. Heute ist die Lage dagegen völlig anders. In rascher Folge kommt es zu Veränderungen, die die ganze Welt erfassen. In den kommenden zwanzig Jahren werden nicht nur mehrere Machtpole entstehen, auch das Gravitationszentrum der Welt wird sich verlagern, nämlich nach Asien und in die südliche Hemisphäre, auf neue öffentliche und private Akteure, auf transnationale Einrichtungen. Ursprung der Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, sind sowohl die Entwicklungen, die sich außerhalb seiner Grenzen abspielen, als auch die Tatsache, dass die EU so zögerlich auf sie reagiert. Wenn die Union ihre Zukunft sichern will, dann muss sie ihre Ziele und ihre Politik dieser sich rasch ändernden Welt anpassen. Waren die letzten zwanzig Jahre schon beunruhigend, so dürften die nächsten zwanzig Jahre noch mehr Verunsicherung bringen. Gegenwärtig entsteht eine neue Welt mit diffuseren Machtverhältnissen und einer komplexeren internationalen Dynamik. Der relative Anteil der EU am globalen Bruttosozialprodukt schrumpft unweigerlich, da ihr Wachstum geringer ist als das ihrer wichtigsten Wettbewerber. Lange Zeit konnte sich die Wirtschaft der EU auf ihr Humankapital mit seinen wegweisenden Innovationen und seiner Kreativität stützen. Doch nun gewinnen andere Regionen an Vorsprung, die

mehr in Forschung, technologische Entwicklung und Innovation investieren. Im Jahr 2030 wird Asien voraussichtlich an der Spitze der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung stehen und hochwertige Waren herstellen, die die Produktion und ganz allgemein die Lebensqualität verändern können. Dies alles findet vor dem Hintergrund weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen in unseren Ländern statt. In einer alternden Gesellschaft, in der auf einen Arbeitnehmer fast doppelt so viele über 65-Jährige entfallen werden wie heute, müssen die EU-Mitgliedstaaten erhebliche Anstrengungen unternehmen, um ihre Sozialleistungssysteme zu finanzieren und ältere Menschen im Erwerbsleben zu halten. Infolge eines rückläufigen Angebots an einheimischen Arbeitskräften und Qualifikationen wird Europa mehr Arbeitsmigranten gewinnen müssen, was Folgen für unsere Fähigkeit zur gesellschaftlichen Integration dieser Zuwanderer haben wird. Nicht zuletzt verändern die Umwälzungen in Technologie und Kommunikation sowohl unsere privaten als auch unsere beruflichen Beziehungen, denn sie zwingen zu neuen Lebens- und Arbeitsformen, mit denen sich viele Menschen überfordert fühlen. Eine Krise legte die strukturellen Schwächen offen, unter denen weite Teile der europäischen Wirtschaft leiden: nachlassende Produktivität, strukturelle Arbeitslosigkeit, unzureichende Arbeitsmarktflexibilität, veraltete Qualifikationen und schwaches Wachstum. Gleichzeitig bewirkte die Tatsache, dass die Krise Länder wie China und Indien weniger hart traf und sich diese Länder viel schneller wieder erholten, dass viele Menschen dem raschen Wandel der Weltwirtschaft kritischer gegenüberstehen. Gegenwärtig besteht die Sorge, dass die aufstrebenden Volkswirtschaften die strukturellen Schwächen Europas ausnutzen könnten, sobald sie ihr Wirtschaftspotenzial voll ausschöpfen. Tatsächlich kann die derzeitige Verlagerung der Wirtschaftsleistung jedoch für alle Beteiligten von Vorteil sein, da mit ihr das Investitions- und Handelsaufkommen und der Verbrauch auf

beiden Seiten steigen wird. Die EU kann jedoch nicht einfach davon ausgehen, dass der Aufstieg der anderen Länder letztlich für alle gewinnbringend ist. Gelingt es Europa nicht, sich den Erfordernissen der Weltwirtschaft anzupassen, so besteht die reale Gefahr, dass Europa nicht nur relativ an Bedeutung verliert, sondern auch absolut ins Hintertreffen gerät. Bei aller globalen Ambition sollte die EU allerdings nicht innere Reformen vernachlässigen, ganz im Gegenteil: Einfluss nach außen lässt sich nur über ein solides Wachstum und den inneren Zusammenhalt der gesamten Europäischen Union erreichen. Wir leben nun einmal in einem globalen Zeitalter, in einer Zeit des Wandels, die neue Gewinner und Verlierer hervorbringt. Wenn wir nicht zu den Verlierern gehören wollen, müssen wir jetzt beherzt handeln. Wir stehen heute vor ganz neuen Herausforderungen, die wir nicht mit den Mitteln der Vergangenheit bewältigen können. Ob relativer Rückgang der Bevölkerung und der Wirtschaftsleistung, Klimawandel oder Energieversorgungsengpässe – die Herausforderungen können nur im regionalen und globalen Kontext richtig verstanden und bewältigt werden. Hier kann die EU als Einheit, die mehr ist als nur die Summe ihrer Mitgliedstaaten, beweisen, was sie wert ist. Da sie vielfältige Möglichkeiten der Einflussnahme – von der globalen bis zur lokalen Ebene – besitzt, ist sie besser als jeder einzelne Mitgliedstaat in der Lage, sich den großen Aufgaben des 21. Jahrhunderts zu stellen. Dies wird jedoch nicht automatisch geschehen. Auch wenn die EU über die erforderlichen Strukturen und Instrumente verfügt, so müssen sie doch von den Mitgliedstaaten konsequent und für den richtigen Zweck genutzt werden. Im Grunde genommen läuft die gemeinsame Agenda der EU auf zwei übergeordnete und miteinander zusammenhängende Herausforderungen hinaus: Es gilt, den Fortbestand unseres Wirtschafts- und Sozialmodells auf Dauer sicherzustellen und die Instrumente zu entwickeln, mit denen wir dieses Modell im Einklang mit unseren gemeinsamen Werten und Interessen im globalen Kontext fördern

und verteidigen können. Wenn die EU als handlungsfähiger und dynamischer globaler Akteur auftreten soll, dann muss sie zudem die Solidarität in den Mittelpunkt des europäischen Projekts stellen. Solidarität ist kein Anrecht, das bedingungslos beansprucht werden kann. Sie ist abhängig von der Verantwortung des Einzelnen und der Gemeinschaft. Insofern kann und muss sie die EU-Politik und die Beziehungen auf allen Ebenen, zwischen Menschen und Generationen und zwischen Gemeinden, Regionen und Mitgliedstaaten, bestimmen. Nach wie vor fällt es den europäischen Bürgerinnen und Bürgern jedoch schwer, auf EU-Ebene nach Lösungen für ihre Probleme zu suchen. Wenn wir wollen, dass unsere Mission von allen mitgetragen wird, müssen sich Politiker wie Bürger das europäische Projekt zu eigen machen. Das Kernstück der Europäischen Union bildet ein besonderes Wirtschafts- und Sozialmodell. Es gibt mehrere Varianten dieses Modells, die sich zwar in der Qualität der Leistungen unterscheiden, sich jedoch alle in einen gemeinsamen Rahmen einordnen lassen. Dieses Modell beruht auf dem Grundgedanken, dass über das Marktgeschehen wirtschaftliches Wachstum erzielt und für das Erreichen sozialer Ziele verwendet werden sollte. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft findet große Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Es trug dazu bei, dass in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg mächtige Industrie- und Dienstleistungsbranchen mit großem Beschäftigungspotenzial entstanden, was wiederum den Aufbau eines gerechten, vergleichsweise großzügigen sozialen Sicherungssystems ermöglichte. Damit ergaben sich positive Wechselwirkungen zwischen Solidarität, Verantwortung und Wettbewerbsfähigkeit. Vor dem Hintergrund neuer nationaler wie auch globaler Zwänge muss dieses Modell jedoch neu definiert und an sich wandelnde Rahmenbedingungen angepasst werden. In den letzten beiden Jahrzehnten blieb das Potenzial der Union, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen und somit den Lebensstandard ihrer Bürger zu verbessern, hinter dem ihrer wichtigsten

Handelspartner zurück. Zwar gelang es einigen Mitgliedstaaten, hier neue Wege einzuschlagen, doch hat sich die Lage insgesamt bis heute nicht verändert. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ließ die strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft zutage treten und war somit ein

Weckruf. Angesichts der wachsenden Wettbewerbsfähigkeit der aufstrebenden und sich entwickelnden Wirtschaften muss die EU ein kühnes neues Reformprogramm in Angriff nehmen, um ihre wirtschaftliche Effizienz zu erhöhen. Gleichzeitig hängt der Konsens über dieses Modell davon ab, dass das Gleichgewicht

zwischen seiner sozialen und seiner marktwirtschaftlichen Dimension gewahrt bleibt. Dieses Gleichgewicht kam im Laufe der Zeit mit der Zunahme der sozialen Ungleichheiten abhanden. Nach wie vor gibt es in der EU Bürger, die unter sozialer Ausgrenzung und schlechten Arbeitsbedingungen leiden. Die

Lösung dieses Problems kann indessen nicht darin bestehen, keine Wirtschaftsreformen mehr durchzuführen. Vielmehr gilt: Wenn wir den Schwerpunkt wieder stärker auf die Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz legen, dann muss dies mit einer neuen Sozialpolitik einhergehen. Mit anderen Worten: Die

Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells hängt davon ab, ob es uns gelingt, zu einem dynamischen Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension der Entwicklung zurückzufinden. Eine starke und international

wettbewerbsfähige Wirtschaft, die sich durch hohe Produktivität auszeichnet, ist Voraussetzung für eine Verbesserung des Lebensstandards. Wirtschaftswachstum basiert immer mehr auf technologischem Wandel und stärkerer Spezialisierung im Rahmen einer zunehmenden Globalisierung.

Diese Entwicklungen betreffen durch den damit einhergehenden Strukturwandel Arbeitnehmer und Unternehmen ebenso wie die Funktionsweise der Märkte und die Führung von Unternehmen. Durch die Digitalisierung erhöhen sich die Möglichkeiten der Auslagerung, und die IKT-Revolution kann breiten Raum für



einen Produktionszuwachs in den kommenden Jahrzehnten bieten. Das Wachstum einer dynamischen und innovativen Dienstleistungsökonomie darf nicht durch unnötige Belastungen für den Faktor Arbeit und für die Unternehmen erstickt werden; hingegen sollten Unternehmergeist und Risikobereitschaft

gefördert werden. Nach unserem gemeinsamen Verständnis erfordern der technologische Wandel, die Globalisierung und die Bevölkerungsalterung dringend strukturelle Reformen zur Verbesserung von Flexibilität, Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik. Eine Reform des Arbeitsmarktes ist von entscheidender

Bedeutung für die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen. Die Mitgliedstaaten sollten sich darum bemühen, drei zentrale Aspekte ihrer Arbeitsmärkte zu verbessern: Flexibilität und Sicherheit ihrer Arbeitskräfte, Arbeitnehmermobilität sowie Unternehmenskultur und -führung.

Auch die Erwerbsquoten müssen erhöht werden. Der Erhalt der Produktivität hängt ganz entscheidend davon ab, ob die Arbeitnehmer in der Lage sind, sich an ständige Produktionsveränderungen anzupassen. Der Flexibilität der Arbeitnehmer muss eine entsprechende Arbeitsplatzsicherheit

gegenüberstehen. In einer Welt des raschen Wandels muss nicht der Arbeitsplatz, sondern vielmehr der Mensch, der seinen Arbeitsplatz verliert, geschützt werden, indem seine Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessert wird. Wesentlich ist dabei die Fähigkeit, im Laufe des gesamten

Lebens Fertigkeiten zu erwerben. Zugleich müssen die Voraussetzungen für einen Qualifikationstransfer zwischen den EU-Mitgliedstaaten und innerhalb der Mitgliedstaaten gegeben sein. Es ist auch heute noch schwierig für Arbeitnehmer und Unternehmer, alle Vorschriften und Regelungen zu kennen, die

für die Aufnahme einer Beschäftigung oder die Gründung eines neuen Unternehmens gelten. Die Bürokratie kann zwar nicht per Gesetz abgeschafft werden, sollte aber auch kein Mobilitätshindernis darstellen. Vor allem aber sollte ein für alle Mal die problemlose Übertragung von

Sozialversicherungsansprüchen zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht werden. Die Anerkennung von Qualifikationen in der gesamten EU muss gewährleistet und Mehrsprachigkeit muss gefördert werden. Nicht zuletzt sind weitreichende Änderungen in der Unternehmenskultur und -führung notwendig, wenn die

Bemühungen um eine Verbesserung der Qualifikationen der Arbeitnehmer zum Erfolg führen sollen. Die Unternehmen müssen die Initiativen der Arbeitnehmer und offene Innovation zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch neue Produktionsverfahren und -technologien stärker unterstützen.

Sie müssen außerdem eine Kultur der Eigenverantwortlichkeit in den Unternehmen fördern. Der Impuls für wirtschaftliche Reformen muss mit neuen, gezielten Maßnahmen einhergehen, die dem Einzelnen besseren Schutz und Solidarität bieten. Die Sozialleistungssysteme müssen gegen Missbrauch und

risikoreiches Verhalten zuverlässig geschützt werden. Den Rechten und Ansprüchen müssen Verantwortlichkeiten und Pflichten gegenüberstehen. Insbesondere die Systeme der sozialen Sicherheit sollten so angepasst werden, dass die rasche Wiedereingliederung von Menschen im erwerbsfähigen

Alter in den Arbeitsmarkt Vorrang vor einer langfristigen Unterstützung hat. Ebenso sollten die Mitgliedstaaten angemessene Mittel zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, Armut und geschlechtsbedingter Diskriminierung bereitstellen, beispielsweise indem durch die Anwendung der bestehenden EU-

Rechtsvorschriften die Einhaltung vereinbarter Mindeststandards gewährleistet wird. Entscheidend bei diesen Bemühungen wird unter anderem sein, dass Arbeitsuchende und andere Sozialpartner die entsprechenden Möglichkeiten erhalten. Die Union ihrerseits kann durch eine geeignete

Koordinierung im Bereich der Sozial- und Steuerpolitik dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten ihre sozialen Ziele entsprechend ihren nationalen Präferenzen verfolgen können, ohne Wettbewerbsverzerrungen zu verursachen oder den Binnenmarkt zu beeinträchtigen. Die Unterstützung, die die

Europäische Investitionsbank und der Europäische Sozialfonds zur Bekämpfung der Armut und zur Erreichung der auf EU-Ebene vereinbarten Ziele des sozialen Zusammenhalts leisten kann, sollte voll ausgeschöpft werden. Auch sollte die EU zur Verwirklichung des Ziels einer gesunden europäischen

Bevölkerung als zentrales wirtschaftliches und soziales Gut beitragen, insbesondere durch den Auf- und Ausbau von Wirtschafts- und Dienstleistungszweigen in den Bereichen Gesundheitswesen, Wohlfahrt und Senioren. Angesichts der Krise sollte nicht zuletzt auch die Wirtschaft ihren Teil der

Verantwortung übernehmen und sich zur Selbstregulierung in den Bereichen Ethik, Rechenschaftspflicht, soziale und ökologische Sensibilisierung, Bekämpfung der Diskriminierung, lebenslanges Lernen und stetige Verbesserung der Arbeitsbedingungen verpflichten. Nimmt man sich dieser Probleme nicht an, so

werden diese Trends den negative Einfluss der Steuersysteme auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten, gegen Ungleichheiten anzugehen, weiter verstärken. Zudem würden sie zu einer Abwärtsspirale beim Sozialschutz führen und den Widerstand gegen die Integration

noch verstärken. Kurz gesagt, die wirtschaftliche und soziale Dimension der Entwicklung würde eine für alle Seiten nachteilige Ausprägung erhalten. Unter diesen ungünstigen Voraussetzungen ist es eher unwahrscheinlich, dass es ohne eine neue Strategie oder eine neue Vereinbarung zur

Neubelebung und Vollendung des Binnenmarktes kommt. Eine solche Vereinbarung sollte die Verpflichtung beinhalten, den Binnenmarkt innerhalb genau festgelegter Fristen auf jene Bereiche auszuweiten, in denen er noch nicht besteht oder unzureichend entwickelt ist, zu allererst auf den

Dienstleistungsbereich einschließlich des Finanzsektors. In diesem Zusammenhang sind entsprechende Initiativen, wenn nicht sogar die weitere Integration, in den Bereichen Kohäsion, Sozial- und Steuerpolitik erforderlich, wobei der notwendigen Wettbewerbsfähigkeit der EU Rechnung zu tragen ist.